

# Übersichten

Januar 2003

---



---

## Außenpolitik

---



---

### 1 Neuer AP-Stil?

Chinas Außenpolitik, genauer: der außenpolitische Stil bzw. die Handhabung des diplomatischen Geschäfts, habe sich nach Ansicht vieler sachkundiger Beobachter während der letzten Jahre deutlich verändert. Außenpolitische Aktionen und Statements seien weit weniger als in der Vergangenheit von hochtönender Rhetorik und verbaler Konfrontationsbereitschaft geprägt. Stattdessen sei das außenpolitische Establishment des Landes darum bemüht, das „image of a responsible major player in the international community“ zu kultivieren. Bemerkenswert in diesem Zusammenhang ist, dass das neue „Image“ zwar in der Welt allmählich anerkannt wird, zugleich jedoch innerhalb Chinas Probleme verursacht. Dort vollzieht sich zurzeit ein Prozess der „Öffentlichkeitsbildung“, der den politisch zuständigen Instanzen das Leben nicht erleichtert. „Mainland citizens have sometimes been the harshest critics of Beijing's own foreign policy, which not only causes embarrassment in official circles but also becomes a rallying

point for dissidents.“ Laut Ye Zicheng, Leiter des so genannten „diplomacy department“ an der Beijing-Universität, sei die chinesische Öffentlichkeit noch nicht genügend „gereift“, um außenpolitische Fragen mit angemessener emotionaler Zurückhaltung zu diskutieren. „The public in China is not mentally prepared to act like citizens of a major power. ... Historical baggage weighs heavily on mainlanders' perception of their place in the world ... Chauvinism becomes an obstacle when China tries to find its rightful place in the world.“ Viele politisch interessierte Chinesen seien der Überzeugung, China stelle auf Grund der wirtschaftlichen Entwicklungserfolge der letzten zwei Jahrzehnte bereits heute eine Weltmacht dar, deren Außenpolitik darauf ausgerichtet werden müsse, „to get the respect commensurate with its size, history and growing influence on the world stage“. Die erwachende Öffentlichkeit würde nicht verstehen, dass China immer noch ein „Entwicklungsland“ sei, das in praktisch allen Bereichen („all measures of national strength“) mehr oder weniger weit hinter Amerika, Westeuropa und auch Japan zurückliege. Besonders zwiespältig gestalte sich das Verhältnis zu Japan – „often the source of the strongest emotional response“. Vor allem gehe es um Japans mangelnde Bereitschaft, sich seiner eigenen Vergangenheit zu stellen und seine „Verbrechen“ gegenüber China anzuerkennen. „Compared to their complex attitude towards Japan, most mainlanders admire the United States but resent unilateralism. Taiwan, however, is the seismic centre of Sino-US relations.“

Wichtig erscheint, dass das chinesische Außenministerium in seinen Handlungen die Reaktionen der Öffentlichkeit immer mehr ins Kalkül zu ziehen beginnt. Es bedient sich dabei nicht nur der eigenen Forschungseinrichtungen, sondern auch der Fachabteilungen der Spitzenuniversitäten des Landes, die, so heißt es, „more in tune with the public“ seien. Darüber hinaus ist die frühere Wochenzeitung *Global Times*, die sich mit internationalen Angelegenheiten befasst, auf drei Ausgaben je Woche mit jeweils zwei Millionen Exemplaren erweitert worden. (SCMP, 13.1.03) -ma-

### 2 Nuklear-Frage Nordkorea

Chinas Außenpolitik, insbesondere der diplomatische Dienst des Landes, ist an einer möglichst schnellen und reibungslosen Lösung der jüngsten Probleme zwischen den beiden koreanischen Staaten, Japan und den USA nachhaltig interessiert. Während einer ad-hoc-Sitzung des Exekutivrates der in Wien ansässigen Internationalen Atomenergiebehörde IAEA im Januar 2002 betonten die chinesischen Vertreter: „China will, as always, support all efforts and proposals that are conducive to peacefully resolving the DPRK nuclear issue, to safeguarding the peace and stability of Korean peninsula and to maintaining the denuclearization of the peninsula.“ China sei immer gegen die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen auf der koreanischen Halbinsel gewesen und habe deshalb auch die jüngsten Entwicklungen mit großer Aufmerksamkeit verfolgt. Alle Beteiligten sollten sich die größte Zurückhaltung auferlegen „and avoid adapting any actions that are likely to further escalate the tension“. Entscheidend für die weiteren Prozesse sei das „Agreed Framework“ zwischen den USA und Nordkorea von 1994. Man wolle von chinesischer Seite alles tun, um auf dieser Basis eine vernünftige, allseits akzeptable Lösung zu finden. Seitens des chinesischen Außenministeriums hieß es: „We hope the United States and North Korea can resume dialogue swiftly because we think the talks are the most effective channel for resolving this problem. If the relevant sides are willing to hold dialogue in Beijing, we would have no difficulties with that.“

Hinter dieser um „Neutralität“ bemühten Haltung verbergen sich nicht zuletzt relativ gravierende Meinungsunterschiede innerhalb des politischen Establishments in China. „The North Korean nuclear crisis has generated heated debates in China's foreign policy circles which showed up divergent views about President Jiang Zemin's pro-American policy.“ Vor allem verschiedene Politikberater der Akademie für Sozialwissenschaften machten Nordkorea für den Ausbruch der Krise verantwortlich. Berater des Information Centre for National Defence Technologies hingegen betonten, dass die

USA den Dialog einseitig abgebrochen und Pyonyang mit Präventivschlägen gedroht hätten. Zugleich müsse man verstehen, dass sich die Führung in Pyonyang von China und Russland im Stich gelassen fühlte. „Before the end of the Cold War, Pyonyang felt that its security was safeguarded by its two key allies ... Subsequently, Moscow and Beijing normalised relations with Seoul. They also became unwilling to bankroll North Korea's failing economy. These developments compounded Pyonyang's sense of vulnerability.“ (BBC, 8.1.03; ST, 15.1., 16.1.03) -ma-

### 3 Irak-Frage

Chinas Haltung in der Irak-Frage ist von relativ großer Zurückhaltung geprägt. Einerseits warnt die offizielle Politik des Landes vor einem Krieg und seinen unkontrollierbaren Auswirkungen. Aber selbst in den für das Inland veröffentlichten Zeitungen ist die Kritik an der Haltung der amerikanischen Regierung äußerst „gedämpft“. „Safeguarding peace and promoting development is the theme of the contemporary era. War does not help resolve disputes. I will only throw the warring parties into an abyss of misery and make them suffer heavily from the disasters ... Stopping the outbreak of war against Iraq has become a common aspiration among people in many countries ... Even in The United States, there are plenty of people, both in the government and among the public, who oppose or have reservations about military attacks on Iraq. They call for a peaceful settlement of the Iraqi issue.“

Diese Positionen haben Chinas Vertreter im Sicherheitsrat der UNO und anderen internationalen Organisationen sowie im Rahmen bilateraler Gespräche mit Repräsentanten anderer Regierungen unverändert eingenommen. „Chinese Foreign Minister Tang Jiaxuan said here (Beijing) that the United Nations Security Council Resolution 1441 shows the international community's hope for resolving the Iraqi issue by political means ... This situation was not easy to achieve and should be valued ... giving complete trust and support for the work of the

UN Monitoring, Verification and Inspection Commission and the International Atomic Energy Agency.“

Bereits Mitte Januar war man anlässlich eines Besuchs der französischen Außenministerin Dominique Villepin in China übereingekommen, dass die Positionen beider Länder praktisch deckungsgleich seien. Es sei „imperative for the two countries to strengthen consultation and coordination when the current international situation was undergoing drastic changes“. Definitiv gehe es darum, den UNO-Waffeninspektoren wesentlich mehr Zeit einzuräumen. Andererseits hat China jedoch zu keinem Zeitpunkt mit einem Veto im Sicherheitsrat gedroht, falls die Vereinigten Staaten sich zu einer militärischen Lösung entschließen sollten. Es hält sich seine Optionen offen, wahrscheinlich auch u.a. deswegen, weil es sein Verhältnis zu Washington nicht durch diese Frage belasten möchte.

Im Hintergrund der offiziellen Haltung Chinas stehen nicht zuletzt wirtschaftliche Überlegungen. Zum einen wird befürchtet, dass ein länger anhaltender Krieg negative Einflüsse auf die konjunkturelle Entwicklung der Weltwirtschaft und damit auch auf Chinas globale Wirtschaftspositionen haben könnte. Das gilt nicht nur für die Exporttätigkeit nach Nordamerika und Westeuropa, sondern auch für das Engagement ausländischer Investoren in China. Zum anderen ist China seit Jahren immer stärker auf Energiezufuhren aus der Golfregion angewiesen. Eine Destabilisierung der Region würde nicht nur zu erheblichen Preissteigerungen beitragen, sondern beinhaltete auch das Risiko von Versorgungsengpässen, zumal Chinas nationale Ölreserven relativ klein sind. (BBC, 4.1., 2.2.03; XNA, 8.1., 10.1.03) -ma-

### 4 Südafrika

Anlässlich eines mehrtägigen Besuchs in Südafrika betonte Chinas Vizepremier Li Lanqing, dass man von chinesischer Seite an einer stärkeren Zusammenarbeit mit Pretoria interessiert sei, da Südafrika eine der Schlüsselrollen auf dem afrikanischen Kontinent spiele. „The establishment of

partnership relations between China and South Africa has laid a solid foundation and opened up a broad prospect for bilateral cooperation ... China places importance on South Africa's important role in the African and international affairs.“ Auf südafrikanischer Seite wurde vor allem das Interesse an einer verstärkten Rolle Chinas in der wirtschaftlichen Entwicklung des eigenen Landes betont. „Both the Sino-African Cooperative Forum and the New Partnership for Africa's Development will play active roles in Africa's development.“ (XNA, 22.1.03) -ma-

### 5 Asiatische Parteienkonferenz

Vom 22. bis 24. November 2002 fand in Bangkok die zweite so genannte International Conference of Asian Political Parties statt. Insgesamt nahmen an dieser Konferenz 230 Vertreter von 77 verschiedenen Parteien der ostasiatischen Region teil. Der Themenkatalog umfasste Diskussionsfelder wie „regional security, political culture, Asian dialogue, economic development modes, financial reform, environment protection and diversity of cultures“.

Bemerkenswert war der Beitrag Cai Wus, des Stellvertretenden Leiters der Internationalen Abteilung des ZK der KPCh. Cai brachte vor allem vier Anregungen vor. Erstens sollten die politischen Parteien der Region enger als bisher zusammenarbeiten, „to keep pace with the trend towards globalization and regional cooperation“. Zweitens sollten die betroffenen Parteien die politisch-kulturellen Unterschiede in der Region respektieren und auf dieser Basis ihren Erfahrungsaustausch pflegen. Drittens sollte man gemeinsam einen stärkeren Gestaltungseinfluss auf die Ordnung der Welt nehmen. „We should press ahead with the establishment of a just, new international political and economic order.“ Viertens sollten neue Überlegungen zu Sicherheitsaspekten der Region eingeleitet werden. „Parties in the region need to advocate new security concepts and enable regional security cooperation to grow constantly.“ (XNA, 24.11.02) -ma-